



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/358

A09

03. November 2022

Seite 1 von 11

Telefon 0211 871-2698

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 17. November 2022
Haushaltsentwurf 2023 - Einzelplan 03
Schriftlicher Bericht zur Einführung in den Einzelplan 03

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtages übersende ich den Einführungsbericht zu den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 2023 des Einzelplans 03 des Ministeriums des Innern im Innenausschuss.

Hinweisen möchte ich zudem auf den dem Landtag zugegangenen Erläuterungsband zum Einzelplan 03 mit weitergehenden und zusätzlichen Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Einführungsbericht
zur Einbringung des Einzelplans 03 des Haushaltsplans 2023
im Innenausschuss am 17.11.2022**

I. Wesentliche Inhalte des Haushaltsplanentwurfs 2023

Die Stärkung der Inneren Sicherheit ist auch in dieser Legislaturperiode ein Schwerpunkt der Landesregierung. Durch den Haushaltsplanentwurf 2023 wird dieser Kurs konsequent fortgesetzt.

Mit rund 7 Mrd. EUR steigt das Volumen des Haushalts 2023 des Innenressorts gegenüber dem Haushalt 2022 um knapp 278 Mio. EUR an.

Diese Steigerung ist auch auf eine Stärkung des Personalkörpers zurückzuführen und wird so den derzeitigen weitreichenden und vielfältigen Herausforderungen gerecht. Der Personalhaushalt des Innenressorts steigt um 532 (Plan-)Stellen auf 63.043 (Plan-)Stellen. Daneben werden 1.113 (Plan-)Stellen neu ausgebracht.

An dem Kurs, den Personalkörper zu verstärken, um der Pensionierungswelle entgegenzuwirken, wird festgehalten. Hierfür sind 1.034 neuen (Plan-)Stellen und 3.000 Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter und 69 Regierungsinspektoranwärterinnen - und anwärter vorgesehen. Neue Regierungsbeschäftigte werden auch zukünftig die Polizei in administrativen Tätigkeiten, aber auch in anderen Bereichen unterstützen. Dies auch vor dem Hintergrund der derzeitigen Sicherheitslage und den weiterhin zahlreichen Herausforderungen an die Polizeiarbeit wie u.a. die Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und die Stärkung der Cybersicherheit.

Insgesamt stehen im Polizeikapitel Sachmittel in Höhe von rd. 1 Mrd. EUR zur Verfügung. Der Schwerpunkt im Sachhaushalt bildet die Digitalisierung der Polizeiarbeit mit 48,4 Mio. EUR. Diese Mittel werden



insbesondere in die Basisinfrastruktur und die Forensik Cloud investiert. Ohne funktionierende Hard- und Software, könnte die Arbeit der Polizei, die sich zunehmend in den digitalen Raum verlagert, nicht mehr geleistet werden. Diese Investitionen sind zwingend erforderlich, um die stetig wachsende Zahl digitaler Asservate zu bewältigen. Spezifische Anwendungen, Netzwerk- und Malwareanalyse müssen landesweit auf mobilen Endgeräten eingesetzt werden, um die Arbeit der Kriminalpolizei NRW zu digitalisieren.

Darüber hinaus sind im Liegenschaftsbereich ca. 54,25 Mio. EUR Mittel für erhöhte Energiekosten aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die erhöhten Miet- und Pachtzahlungen aufgrund der Mietindexsteigerung veranschlagt worden. Da ein effektiver Polizeikörper auch gut ausgestattet sein muss, investieren wir auch weiterhin in neue Dienstfahrzeuge und in Dienst- und Schutzkleidung. Nicht nur unsere Polizisten, auch die Regierungsbeschäftigten müssen mit entsprechender Schutzkleidung ausgestattet werden.

Neben den Einstellungsermächtigungen für die Polizei werden im Innenressort weitere 864 weitere Nachwuchskräfte ausgebildet, um so den Erfordernissen einer zukunftsfähigen Verwaltung Rechnung zu tragen.

Nicht zuletzt die Flutkatastrophe hat verdeutlicht, dass der Katastrophenschutz neu aufgestellt werden muss. Wir werden daher im Ministerium eine Zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz aufbauen und haben hierfür in einem ersten Schritt 15 Planstellen im Ministerium eingerichtet. Hinzukommen kommen bei den Bezirksregierungen 7 neue Planstellen für die Aufsicht im Katastrophenschutz sowie 3 Planstellen für die Aufsicht über die Werksfeuerwehren.

Auch zusätzliche Sachmittel sind für die Stärkung des Katastrophenschutzes erforderlich. Gemeinsam mit dem Bund wird ein Gemeinsames Koordinierungszentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) eingerichtet. Nordrhein-Westfalen wird Fachleute dorthin entsenden werden, um den Bevölkerungsschutz auch über Ländergrenzen hinweg neu aufzustellen. Zudem werden wir die Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen für Wasserrettungszüge und Einsatzeinheiten



in den allgemeinen Landeshaushalt verlagern und erhöhen. Der Einsatz dieser ehrenamtlichen Kräfte muss angemessen vergütet werden (Dotationen).

Seite 4 von 11

Insgesamt machen die höheren Ansätze zur Deckung von Mehrausgaben für Energiekosten aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die erhöhten Miet- und Pachtzahlungen aufgrund der Mietindexsteigerung im gesamten Geschäftsbereich des Innenresorts einen nicht unerheblichen Teil der Steigerung aus.



II. Veränderungen im Einzelnen

Die relevanten haushaltsmäßigen Veränderungen sehen im Einzelnen wie folgt aus:

1. Kapitel 03 010 Ministerium

Die Einnahmen verringern sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,02 Mio. EUR. Dies ist insbesondere auf die Anpassung der Länderbeiträge für die Erlaubnisverfahren nach § 9a GlückStV (-0,3 Mio. EUR) zurückzuführen.

Im Ministerium werden 56 neue (Plan-)Stellen geschaffen. Neben 15 Planstellen für die neue Zentrale Landesstelle für Katastrophenschutz werden 30 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten eingerichtet. Darüber hinaus dienen die weiteren (Plan-)Stellen u. a. der Stärkung der Kriminalprävention und der Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und der Überwachungstätigkeiten nach dem Glücksspielstaatsvertrag 2021 (GlüSTV).

Die Sachausgaben verringern sich um ca. 20,9 Mio. EUR. Die Verringerung ergibt sich vor allem aus der Absenkung der Mittel für die Landtagswahl 2022.

Zu einem Ausgabenanstieg führen u. a. die Aufwendungen nach dem Online Zugangsgesetz (OZG) nach dem Auslaufen der Finanzierung durch den Bund, für die Erhöhung und Veranschlagung der Landeszuschüsse an die privaten Hilfsorganisationen für Wasserrettungszüge und Einsatzeinheiten im Katastrophenschutz und die Etatisierung der Kosten für das Projekt „Childhood House“.



2. Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Im Haushaltsvollzug 2023 wird wie bereits in den vergangenen Jahren eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe i. H. v. 42,75 Mio. EUR zu erbringen sein.

3. Kapitel 03 110 Polizei

Bei der Polizei werden 1.034 zusätzliche (Plan-)Stellen geschaffen. Darunter sind 934 Übernahmestellen für geprüfte Kommissarinnen und Kommissare und 100 Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes.

Ferner wird mit den 3.000 Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter und für 69 Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter eine dauerhafte Sicherung der Personalstärke der Polizei gewährleistet. Darüber hinaus soll damit den in den nächsten Jahren anstehenden Pensionierungen entgegen gewirkt werden.

Der Sachhaushalt wird mit einer Ansatzerrhöhung um 105,7 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr nachhaltig gestärkt. Die Mittel für die Informations- und Kommunikationstechnik erhöhen sich um 48,4 Mio. EUR. Die Erhöhung begründet sich durch gestiegene Ansätze für die Aufrüstung der bereits vorhandenen IMSI-Catcher auf den neuen 5 G-Standard (+1,7 Mio. EUR) und durch die Verbesserung der Digitalisierung der Polizeiarbeit, insbesondere im Bereich der Basisinfrastruktur und der Forensik Cloud (+46,7 Mio. EUR).

Daneben führen der Erwerb von Dienstfahrzeugen (+19,19 Mio. EUR) und die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung (+4,35 Mio. EUR) zu einem weiteren Ausgabenanstieg.

Der Ansatz im Bereich der polizeilichen Liegenschaften wird um rund 54,25 Mio. EUR erhöht. Die Mehrausgaben fallen vor allem für den neu eingerichteten Titel zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges (+36,78 Mio. EUR), für die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen



und für die Anpassung der Mietzahlungen an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW an. Daneben ergeben sich zusätzliche Bedarfe für dringende notwendige Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude oder aus Neuanmietungen aufgrund des Personalaufwuchses in der Polizei.

4. Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Für die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) werden eine neue Planstelle für die Leitung der Koordinierung polizeilicher Sicherheitsforschung und drei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter des neuen Fachgebiets „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ eingerichtet (+0,3 Mio. EUR).

Die Sachausgaben steigen gering um 0,5 Mio. EUR. Dies liegt im Wesentlichen an zusätzlichen Kosten für Online Ressourcen und E-Books für zunehmende digitale Veranstaltungen bzw. Vorlesungen (+0,06 Mio. EUR), den Kosten durch Tarifierhöhungen (+0,04 Mio. EUR) und den Reisekosten für das neue Fachgebiet II.6 und für die Koordinierungsstelle (+0,05 Mio. EUR). Ferner erhöhen sich die Kosten für die Büroausstattung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Kosten für die zunehmende Nutzung von Informationstechnik.

5. Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Im Kapitel der Bezirksregierungen sind Einnahmesteigerungen in Höhe von 2,03 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese resultieren im Wesentlichen aus der Anpassung des Titels 119 14 (Erstattung der Verwaltungskosten der Zentralen Stelle gem. § 26 Abs. 6 S. 1 Pflegeberufegesetz, + 1 Mio. EUR) sowie des Titels 119 61 (Erbschaften des Fiskus, + 1 Mio. EUR).

Insgesamt werden bei den Bezirksregierungen 11 neue Planstellen ausgebracht, davon die bereits erwähnten 7 Planstellen für die Aufsicht Katastrophenschutz sowie 3 Planstellen für die Aufsicht über die Werksfeuerwehren und 1 für die Umsetzung einer Planstelle aus dem Ministerkapitel für Informationssicherheit.



Die Ausgaben für den Sachhaushalt erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 51,26 Mio. EUR. Die steigenden Energiekosten machen die Einrichtung eines Titels (51711 Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges) mit einem Ansatz von 6,3 Mio. EUR erforderlich. Aufgrund der gestiegenen Mietkosten werden die Miettitel 518 01 und 518 04 um ca. 2 Mio. EUR angehoben. Auch die Zunahme von zwingend notwendigen Erhaltungsmaßnahmen, beispielsweise zur Sicherung von Grundstücken und Gebäuden vor Weiterveräußerung, führt zu höheren Ausgaben im Bereich der Fiskalerbschaften (+1 Mio. EUR).

Darüber hinaus führt die notwendige Umstellung auf die neue Generation von ALKIS (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) bei Geobasis NRW und den Katasterbehörden im Bereich des Vermessungs- und Katasterwesens zu vorübergehenden Mehrausgaben in Höhe von 5,8 Mio. EUR.

6. Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Die Sachausgaben bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen steigen um insgesamt 0,25 Mio. EUR. Dies liegt im Wesentlichen an den Mietindexsteigerungen, die zu erhöhten Mieten, Mietnebenkosten und Pachten führt.

7. Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung

Zwei Stellen für IT-Kräfte einer Landesqualifizierungsklasse aus dem Kapitel des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie werden zur Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) verlagert. Zudem wird erneut eine Einstellungsermächtigung für eine Verwaltungsinformatikanwärtlerin oder einen Verwaltungsinformatikanwärter ausgebracht.



Die Sachausgaben erhöhen sich um 4,23 Mio. EUR. Zum einen steigen auch hier die Mietkosten um insgesamt 2,47 Mio. EUR, zum anderen wird auch für die HSPV NRW ein neuer Titel (517 11) zur Abdeckung von Mehrausgaben bei Energie aufgrund der Auswirkungen des Ukraine-Krieges mit einem Ansatz von 2,06 Mio. EUR eingerichtet.

8. Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Die Ausgaben für den Sachhaushalt im Bereich des Feuerschutzes und der Hilfeleistung sinken um 0,38 Mio. EUR. Hintergrund sind die aktuellen Beschaffungsplanungen im Bereich der Fahrzeuge (-12,9 Mio. EUR) und im Bereich der Geräte (+7,5 Mio. EUR). Darüber hinaus erfolgten Anpassungen der Aufwendungen für Mieten und Pachten, für die Aufklärung im Feuer- und Katastrophenschutz sowie für Veranstaltungen (insgesamt + 4,0 Mio. EUR).

9. Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

Die Einnahmen verringern sich um 0,02 Mio. EUR durch die Anpassung der Mieteinnahmen und der Erstattungen für den Bundesfreiwilligendienst.

Für das Institut der Feuerwehr NRW (IdF) werden 6 neue Planstellen und 2 Stellen eingerichtet. Zwei Planstellen sind für den Betrieb des Standortes Düren zur Kapazitätserweiterung, die weiteren vier Planstellen sind für die Extremismus-Prävention, die Konzeptionierung der Krisenstabsausbildung, für eine Dozentin bzw. einen Dozenten im Bereich Medienzentrum, und für die Leitung der Vergabestelle des IdF vorgesehen. Die zwei zusätzlichen Stellen sind für einen Medientechniker und einen Fahrzeugpfleger eingerichtet.

Die Sachausgaben des IdF steigen um 3,37 Mio. EUR. Wesentlicher Faktor sind die allgemeinen Preissteigerungen. So erhöhen sich die Ausgabeansätze für die Anpassung von Betriebs-, Verwaltungs- und Bewirtschaftungskosten, von Beschaffungs- und Umsetzungsplanungen sowie der Anpassung der Ausgaben im investiven Bereich und für die Haltung von Dienst-Kfz (+0,07 Mio. EUR), Verpflegung - und



Verbrauchsmaterialien (+0,09 Mio. EUR), Gebäudebewirtschaftung (+1,4 Mio. EUR) und Mieten (+1,14 Mio. EUR).

Seite 10 von 11

Darüber hinaus führen die „Umsetzung Masterplan IdF“ (+1,8 Mio. EUR) und „Dezentrales Trainingsgelände“ (+1,55 Mio. EUR) zu Mehrausgaben. Veränderungen im investiven Bereich führen zu einer Ausgabensenkung von -1,2 Mio. EUR. Dies ergibt sich insbesondere aus der Absenkung bei der Beschaffung von Dienst-Kfz (-3,87 Mio. EUR) und Sanierungsausgaben (-0,7 Mio. EUR).

III. Kapitelübersicht

In der folgenden tabellarischen Übersicht sind die veranschlagten Ausgaben der einzelnen Kapitel noch einmal zusammengefasst dargestellt:

Kapitel	Bezeichnung	Ansatz 2023 in EUR	Ansatz 2022 in EUR	Differenz 2023 zu 2022 in EUR
Gesamtausgaben EPL 03		7.025.658,9	6.747.172,7	+278.486,2
03 010	Ministerium	194.532.900	211.559.400	-17.026.500
03 020	Allgemeine Bewilligung	-33.316.800	-33.316.800	-
03 110	Polizei	4.058.296.000	3.894.267.100	+164.028.900
03 130	Deutsche Hochschule der Polizei	17.979.200	18.119.500	-140.300
03 310	Fünf Bezirksregierungen	801.538.200	750.278.900	+51.259.300
03 320	Aus- und Fortbildungseinrichtungen des IM NRW	20.422.400	20.152.500	+269.900
03 350	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	89.998.000	85.768.800	+4.229.200



Der Minister

03 710	Feuerschutz und Hilfeleistung	64.519.000	64.903.900	Seite 11 von 11 -384.900
03 750	Institut der Feuerwehr NRW Münster	47.855.000	44.490.100	+3.364.900
03 810	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz...	28.751.900	31.771.900	-3.020.000
03 900	Versorgung	232.309.000	225.693.300	+6.615.700
03 910	Versorgung Polizei	1.500.989.100	1.433.485.000	+67.504.100